

## Sursee: RET Sursee-Mittelland Kernaussagen

Der Verband Sursee-Mittelland (RET) wurde vom Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement (BUWD) zur Vernehmlassung in Sachen Mehrwertabgabe eingeladen. Wie der RET am Montag mitteilt, wurden bei der Vernehmlassung folgende Kernaussagen geäussert: Die Region hätte sich einen höheren Abgabebesatz auf Neueinzonungen als die vom Bundesgesetz mindestens geforderten 20 Prozent gewünscht. Zur Unterstützung einer breiten politischen Akzeptanz der ganzen Vorlage könne der Verband mit 20 Prozent leben und unterstützen deshalb den gewählten Ansatz. Aufgrund der unterschiedlichen Gegebenheiten in den Gemeinden unterstützt der Verband eine flexible Regelung bei den Aufzonungen. Bezüglich Rückzahlung der Überschüsse an die Gemeinden sieht der RET andere Berechnungskriterien als in der Vernehmlassung vorgeschlagen, nämlich den Beizug der Siedlungsfläche anstelle der Gesamtgemeindefläche. Bezüglich des Rückzahlungsperimeters der Überschüsse an die Gemeinden wünscht sich der Verband einen anderen Perimeter als in der Vernehmlassung vorgeschlagen. «Die generierten Gelder sollen innerhalb der Region bleiben und nicht im ganzen Kanton hin und her verschoben werden», heisst es in der Mitteilung weiter. Die Stellungnahme ist einzusehen unter: <http://www.sursee-mittelland.ch/ret-sursee-mittelland/vernehmlassungen/>. PD

## Ruswil: Nomination der SP-Ortspartei Lotti Stadelmann

**Die SP Ruswil empfiehlt Gemeinderätin Lotti Stadelmann Eggenschwiler zur Wiederwahl. Sie wurde einstimmig von der SP Ruswil nominiert.**

Lotti Stadelmann wurde vor vier Jahren in den Gemeinderat Ruswil gewählt. Sie ist innerhalb des Gemeinderates für das Ressort Finanzen zuständig. Der Finanzhaushalt der Gemeinde Ruswil beträgt über 30 Millionen Franken. Trotz der vielen öffentlichen Aufgaben und Projekte ist es ihr zusammen mit dem Gemeinderat gelungen, die Budgets ausgeglichen zu gestalten und den Steuerfuss unverändert zu lassen. Weiter ist Lotti Stadelmann Präsidentin der Planungs- und Baukommission für den Neubau einer neuen Dreifach-Sporthalle. Lotti Stadelmann hat langjährige politische Erfahrung. Bereits 1985 hat sie als damalige Leiterin des Altersheimes Rüt matt in der Baukommission für den Neubau des Alterswohnzentrums Ruswil mitgearbeitet. Mittlerweile sind viele zusätzliche und temporäre Engagements auf Gemeinde- und Kantonsebene dazu gekommen. So war sie unter anderem auch zwölf Jahre Kantonsrätin, davon war sie sieben Jahre Mitglied der Planungs- und Finanzkommission und fünf Jahre Mitglied der Kommission für Gesundheit, Arbeit und Soziales.



Lotti Stadelmann Eggenschwiler wurde für die Gemeinderatswahlen nominiert.

Die 56-jährige Gemeinderätin ist verheiratet und Mutter von mittlerweile zwei erwachsenen Söhnen. Sie hat sich die Erziehung und Betreuung ihrer Kinder stets mit ihrem Ehemann und der Hilfe einer Tagesmutter aufgeteilt. Sie ist ausgebildete Pflegefachfrau und Heimleiterin. Neben ihrer Tätigkeit als Gemeinderätin arbeitet sie in einem 60-Prozent-Pensum als Pflegefachfrau in der Luzerner Psychiatrie. In ihrer Freizeit ist sie gerne in ihrem grossen Garten tätig. Lotti Stadelmann ist eine teamfähige Person. Im Gemeinderat ist sie Mitglied eines 5-er Gremiums, prägt und trägt Entscheidungen mit, ist pragmatisch, aber in ihrer Beurteilung und Haltung eigenständig. Wichtig sind ihr der soziale Ausgleich, Transparenz, Toleranz und die Offenheit für andere Meinungen. MH

## Buttisholzer Tagung: mit Ständerat Konrad Graber Ein Jahr nach Freigabe des Euro-Kurses

Der 58-jährige, profilierte CVP-Politiker Konrad Graber wurde vor kurzem für seine dritte Amtszeit als Ständerat glänzend bestätigt. Bekannt ist er auch als Verwaltungsratspräsident des führenden Schweizer Milchverarbeiters Emmi, als Partner der Beratungsfirma BDO, als Verwaltungsrat der Krankenkasse CSS und zudem als ambitionierter Orientierungsläufer. Alles in allem genau die richtige Person, die uns über das Thema: «Ein Jahr nach Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die Schweizerische Nationalbank: Was waren die Auswirkungen und welche politischen Herausforderungen folgen noch?» orientieren kann.

Konrad Graber politisiert seit 1981, war zwanzig Jahre Grossrat des Kantons Luzern und vier Jahre kantonaler Parteipräsident. Gemäss seiner Website politisiert er «mit Ausdauer, mit Augenmass und mit Überzeugung». Gegenwärtig steht er besonders im Fokus der Öffentlichkeit, weil er sich entgegen der Parteiparole in einem breitabgestützten bürgerlichen Komitee gegen eine zweite Gotthardröhre einsetzt. Zudem leitet er die Findungskommission, die bis im April 2016 die Nachfolge des CVP-Präsidenten Schweiz regeln soll.



Ständerat Konrad Graber referiert an der Buttisholzer Tagung. Foto zVG

Über das Hauptthema hinaus wird Konrad Graber auch einige Worte über aktuelle Themen aus Bundesbern verlieren. In ihrem Schlusswort blickt Wahlkreispräsidentin Heidi Frey voraus auf das Kommunalwahljahr 2016. Zahlreiche Gründe also zum Besuch der traditionellen Buttisholzer Tagung von CVP 60+ Wahlkreis Sursee am Mittwoch, 17. Februar, um 14 Uhr im Gemeindefaal Buttisholz. Die Tagung wird umrahmt durch ein Ensemble der Musikschule Buttisholz. Ein Gratis-Ibiss bietet anschliessend Gelegenheit zur Pflege der Kollegialität. JS

Fortsetzung von Seite 1

räten mittels GPS sind eindeutige und unverwechselbare Gebäudeadressen unerlässlich. Auf Ruswiler Gemeindegebiet hatten bisher rund 500 Gebäude keine eindeutige, unverwechselbare Adresse. Dies traf besonders für viele Liegenschaften ausserhalb des Siedlungsgebietes zu. Mit der neuen Gebäudeadressierung konnten die Unstimmigkeiten bei der Adressierung geschlossen werden. Ein Projektteam unter der Leitung von Gemeindeforscher Tobias Lingg wurde vom Gemeinderat mit der Umsetzung beauftragt. Die Gruppe war bestrebt, traditionelle und über mehrere Generationen überlieferte Bezeichnungen wenn immer möglich beizubehalten. Auch an der in Ruswil seit Jahren ge-

bräuchlichen Mundartschreibweise wurde festgehalten.

### Entscheiden stiessen vereinzelt auf Unverständnis

Namen sind wichtig für die Identität seines Trägers. Was für Personen gilt, trifft auch für Liegenschaften zu, besonders wenn eine Namensgebung über längere Zeit gebräuchlich war. Aus diesem Grund ist es verständlich, dass sich einzelne Liegenschaftsbesitzer gegen eine neue Namensgebung gewehrt haben. Im Rahmen von Gesprächen wurde versucht, eine Einigung zu erzielen, was in den allermeisten Fällen gelang. In einigen wenigen Fällen konnte allerdings nicht auf die

Wünsche der Betroffenen eingetreten werden. Am 1. März 2016 wird nun die Neuadressierung von Gebäuden rechtskräftig, die betroffenen Liegenschaftsbesitzer wurden entsprechend informiert. Projektkosten und Kosten für neue Strassenschilder und Hausnummern werden von der Gemeinde getragen.

### Weniger Betreibungen als im Vorjahr

Wie dem Jahresbericht des Ruswiler Betreibungsamtes zu entnehmen ist, mussten im 2015 861 Betreibungen registriert werden, was gegenüber dem Vorjahr einem Rückgang von 18 Prozent entspricht (2014: 1045 Betreibungen). Die

Betreibungssumme reduzierte sich ebenfalls leicht und betrug 2015 noch knapp vier Mio. Franken.

### Baubewilligungen

- Röm.-kath. Pfarramt Ruswil, Schwerzistrasse 8, Ruswil, Sanierung altes Schulhaus mit Erweiterung Treppenhäuser und Ersatzbau Garagen innerhalb der Parzelle Nr. 339, Gebäude Nrn. 820, 820a und 820b, Schwerzistrasse 14.  
- Erbgemeinschaft A. Ineichen, Edith Ineichen-Renggli, Goldschrütfeld 1, Ruswil, Einbau einer Wohnung in bestehendes Mehrfamilienhaus innerhalb der Parzelle Nr. 2076, Gebäude Nr. 1069, Goldschrütfeld 1.

- Armin und Marianne Staub-Baumgartner, Rosebergstrasse 22, Ruswil, Umbau und Erweiterung Wohnhaus mit Einbau einer zusätzlichen Wohnung innerhalb der Parzelle Nr. 1867, Gebäude Nr. 913, Rosebergstrasse 22.  
- Pascal Günter, Wolhuserstrasse 41, Ruswil, Überdachung Abstellflächen innerhalb der Parzelle Nr. 835, Gebäude Nr. 533, Wolhuserstrasse 37.  
- Stephan Dubach-Roelé, Rebstockstrasse 3, Ruswil, Erstellung Gartenhaus innerhalb der Parzelle Nr. 2317, Gebäude Nr. 1246, Rebstockstrasse 3.  
- AlpenPlakat AG, Bösch 80a, Hünenberg, Erstellen von Reklameanschlagstellen innerhalb der Parzelle Nr. 1599, Chäppeliacher 13.

## Parteien äussern sich zum Entscheid des Regierungsrates

# «Pragmatischer Entscheid mit gutem Lösungsweg»

**Letzte Woche gab der Luzerner Regierungsrat seinen Entscheid betreff Stimmrechtsbeschwerden der beiden Ortsparteien SP und SVP bekannt (siehe auch Gemeinderatsnachrichten 1. Seite). Wir wollten von den Präsidenten und Sprechern der Ortsparteien wissen, wie sie den Entscheid des Regierungsrates interpretieren.**

Erwin Ottiger

Die beiden Beschwerde führenden Parteien SP und SVP äussern sich glücklich über den Entscheid des Regierungsrates. Dieser habe den Volkswillen berücksichtigt und die Benachteiligung eines grossen Teils der Bevölkerung aufgehoben, betont Markus Horisberger von der SP. Fabian Stadelmann von der SVP sagt, «dass der Regierungsrat erkannte, dass bei der Abstimmung einiges schief gelaufen ist und mit seinem Entscheid nicht akzeptiert, dass ein Teil der Bevölkerung bei der Zusatzfrage ausgeschlossen wird.» Diese Ungerechtigkeit sei nun mit dem Entscheid korrigiert worden. Für die SVP sei dies ein klares Signal gegen ein Wahlprozedere, das der Gemeinderat als richtig und geeignet sah. «Das

die Regierung die Abstimmung nicht wiederholen lässt, sondern das Resultat auf neu 783 Ja- gegen 1382 Nein-Stimmen korrigiert, war für uns eher überraschend.» Dieser Umstand zeige aber, dass die Beschwerdeführer mit ihrer Annahme richtig lagen, «dass das Abstimmungsprozedere nicht den kantonalen Bestimmungen entspricht, die eine Variantenabstimmung klar definieren» Demokratie funktioniere für die SVP anders, schreibt die Ortspartei in ihrer Stellungnahme. Für Markus Horisberger hat der Regierungsrat «einen pragmatischen Entscheid gefällt und einen guten Lösungsweg gefunden, um den Missstand unbürokratisch und ohne weitere Abstimmung zu lösen».

Laut Walter Moser von der CVP hat der Entscheid klare Verhältnisse geschaffen, indem er die Gültigkeit der Hauptabstimmung, das heisst klare Zustimmung zum Parkhaus Märtpplatz bestätigt und der Beschwerde der Einsprecher nur bezüglich der Zusatzfrage stattgegeben hat, welches als abgelehnt gewertet wird. «Selbstverständlich hätte die CVP, die als einzige der Ortsparteien die Japarle zur Zusatzfrage herausgegeben hatte, die Abstimmung zu dieser Frage gerne wiederholt, um die zwar nur noch kleine Chance im unmittelbaren Dorf-

kern Parkplätze zu schaffen, doch noch zu packen. Nachdem die Investoren überzeugt sind, dass sich das Bauvorhaben Dorfkern Ost auch ohne diese Erweiterung des Parkhauses verwirklichen lässt, kann die CVP den Entscheid des Regierungsrates akzeptieren.»

Thomas Glanzmann von der FDP begrüsst den Entscheid des Regierungsrates insofern, «als dass das Ergebnis der Hauptabstimmung nicht infrage gestellt wird. Der Regierungsrat entschied in dieser Hinsicht wie von der Partei gewünscht und erhofft. Die Partei hatte sich nach der Abstimmung klar zum positiven Entscheid des Soveräns in der Hauptfrage gestellt.» Thomas Glanzmann hätte sich allerdings eine erneute Abstimmung der Zusatzoption gewünscht - alle Unklarheiten der Abstimmungsfrage wären somit ausgeräumt und das Ergebnis vermutlich fundierter gewesen. «Die FDP hatte sich jedoch von Anfang an gegen die Zusatzoption ausgesprochen und begrüsst in diesem Sinn, dass das Abstimmungsergebnis nun anders ausgewertet wird.»

### Wie soll es weitergehen?

Gemäss der SP-Ortspartei werde das Parkhaus Grundprojekt immer noch von allen Parteien getragen. Bei einer

Zustimmung zum Parkplatzreglement soll das Projekt vorangetrieben werden. «Die SP findet das Parkplatzreglement gut und wird dieses unterstützen», betont Horisberger. Kritisch dazu äussert sich die SVP. Fabian Stadelmann: «Solange das Parkhausprojekt eine flächendeckende Parkplatzbewirtschaftung voraussetzt, ist das Projekt gefährdet». Das Parkhausprojekt müsse mit dem Dorfkern Ost realisiert werden. Mit der Abgabe des Märtpplatzes für 60 Jahre im Baurecht an einen Investor leiste die Gemeinde schon einen grossen Beitrag zur Realisation des Projektes. «Die Detaillisten und Gewerbler mit Verkaufsläden in Ruswil würden ganz klar benachteiligt werden.» Die umliegenden Gemeinden betreiben keine Parkplatzbewirtschaftung und seien dadurch klar im Vorteil. «Die SVP wünscht sich anstelle einer Bewirtschaftung die Einrichtung einer «blauen Zone». Damit würden diese automatisch einem anderen Zweck zugeführt.

Laut Walter Moser von der CVP hat sie in ihrer Vernehmlassung zum Parkplatzreglement neben verschiedenen Anregungen zu Einzelfragen darauf hingewiesen, dass die gebührenfreie Zeit von 0 bis 30 Minuten für Laden-

geschäfte mit einem grösseren Beratungsaufwand zu knapp bemessen sei und deshalb vorgeschlagen, diese auf 60 Minuten zu erhöhen. Zudem hat Sie den Gemeinderat gebeten, in der Abstimmungsbotschaft darauf hinzuweisen, dass die Sonderregelungen bezüglich der Nutzung der Parkanlage Märtpplatz im Baurechtsvertrag zwischen der Gemeinde Ruswil und den Betreibern der Parkanlage geregelt werden und wenn möglich dabei auch die Grundzüge der beabsichtigten Vereinbarung zu skizzieren. Die CVP ersucht den Gemeinderat, «das Reglement aufgrund der Ergebnisse der Vernehmlassung so rasch als möglich zu bereinigen, damit die Abstimmung am nächstmöglichen Termin durchgeführt werden kann».

Auch für die FDP gelte es nun, das Projekt ohne weitere Verzögerungen weiterzutreiben und das sich in der Vernehmlassung befindende Parkplatzreglement ebenfalls termingerecht zur Abstimmung zu bringen. «Bei Letztem wird unter anderem vor allem die Gestaltung des Gebührentarifs, die gebührenfreie Zeit sowie die Einteilung der Dauerparkplätze und Blauen Zonen entscheidend für die Umsetzbarkeit des Projekts sein», so Thomas Glanzmann.